

Redebeitrag Steffen Mayer: „Landesdelegiertentag 2021 – nein 2022“

26. April 2022 in Karlsruhe

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Landtags von Baden-Württemberg, sehr geehrte Frau Landespolizeipräsidentin, sehr geehrte Ehrengäste aus der Polizeiführung, liebe Delegierte,

leider kann ich heute nicht bei Ihnen in Karlsruhe sein. Mit klassischen Erkältungssymptomen, gesundheitlichen Einschränkungen und noch ungeklärter Corona-Erkrankung bleibt man zu Hause.

Für den Landesdelegiertentag 2021 – nein, dank Corona ist inzwischen das Jahr 2022 – haben wir uns kein eigenes Motto gegeben. Die Erklärung ist gleichzeitig einfach, etwas ernüchternd und durchaus brisant. Im Jahr 2016 haben wir als Bund Deutscher Kriminalbeamter Baden-Württemberg einen umfangreichen Bericht mit dem Titel „Zukunftsoffensive Kriminalpolizei“ aufgelegt. Dieser wurde 2017 nochmals präzisiert. Ausgangspunkt war die Vereinbarung der grün-schwarzen Regierungskoalition in ihrem Koalitionsvertrag eine *Zukunftsoffensive Kriminalpolizei* aufzusetzen. Wir haben uns gefragt, was mag sich darunter wohl verbergen und unsere Ideen dazu haben wir aufgeschrieben.

Hinter uns Delegierten, die hier in Karlsruhe aber auch zu Hause an den digitalen Endgeräten den Landesdelegiertentag mitgestaltet haben, liegt ein anstrengender erster Tag. Für euer Durchhaltevermögen, für eure Beiträge und Ideen bedanke ich mich an dieser Stelle ganz herzlich.

In meinem gestrigen Geschäftsbericht für die zurückliegende Zeit, habe ich selbstverständlich auch ein Fazit ziehen müssen zu unserem Leitantrag 2017: „Zukunftsoffensive Kriminalpolizei“.

Eine Zukunftsoffensive sollte aus einem Guss sein, ein Gesamtkonzept, dass die Kripo in ihren originären Aufgaben stärkt, insbesondere aber auch die zahlreichen Zusatz- und Querschnittsaufgaben der letzten 20 Jahre berücksichtigt. Ein solches Maßnahmenbündel aus einem Guss, konnte ich

bislang nicht erkennen. Wir begrüßen deswegen die politische Entscheidung der grün-schwarzen Regierungskoalition, die Zukunftsoffensive Kriminalpolizei fortzuführen – sie erlauben mir den Einwand – oder endlich ernsthaft zu beginnen.

Damit haben wir als BDK Baden-Württemberg aber genauso einen Grund, unsere Bemühungen fortzusetzen, für eine echte Zukunftsoffensive zu werben. Denn die Kripo hat sie bitter nötig und die Zeit bleibt nicht stehen.

Dass die Zeit nicht stehen bleibt, haben die Kripo-Chefs vor kurzem übrigens sehr passend ausgeleuchtet. Das dabei erstellte Papier „Kriminalität und Kriminalitätsbekämpfung 2020“ stellt treffend Veränderungen unserer Arbeit dar. Zahlreiche Querschnittsaufgaben für die ganze Polizei wurden von der Kripo übernehmen. Digitale Beweismittel und flüchtige digitale Spuren spielen eine herausragende Rolle beim Sachbeweis. Wir folgen dem Geld bei den Finanzermittlungen, die KT unterliegt zunehmend Akkreditierungsvoraussetzungen und viele Dinge mehr. Es ist richtig, dass der Koalitionsvertrag davon spricht, dieses Papier in die Analyse einzubeziehen.

Ich möchte nicht undankbar erscheinen, aber während man noch überlegt, was man tun kann, fällt uns kiloweise das Kokain vor die Füße, NCMEC leitet seine Hinweise auf sexuellen Missbrauch von Kindern, die als Kipo-Daten verbreitet werden, über das BKA in die Bundesländer weiter und das NetzDG spült uns früher oder später so richtig die Hasspostings und Bedrohungssituationen in den dienstlichen Postkorb. 17.500 Ermittlungsverfahren sollen es allein hier pro Jahr mehr werden. Die Justiz hat dafür bereits 12 Stellen erhalten und bei dieser Gelegenheit darf ich auf den erfolgreichen Pakt für den Rechtsstaat hinweisen, der die Justiz bereits zurückliegend gestärkt hat und das in einem gut abgestimmten Konzept. Das begrüßen wir ausdrücklich. Aber in aller Regel landen die Anzeigen doch erst bei uns und auch wir müssen schauen, wie wir sie abgearbeitet bekommen.

Natürlich ist es in Zeiten angespannter Haushalte unpopulär nach Personal zu rufen – aber erstens hat das bei Gewerkschaftern Tradition – nicht ohne Grund möchte ich anfügen – und zweitens müssen neue Aufgaben mit neuem Personal hinterlegt werden. Oder es gibt die Option „one in – one out“, wie sie im Koalitionsvertrag genannt ist. Also, dann stellen wir die Bearbeitung von Encrochat-OK-Verfahren ein, mit den Abgasverfahren haben wir uns jetzt auch

schon lange befasst und im Bereich Wohnungseinbruchdiebstahl läuft es ja auch ganz gut – Sie merken, ich überspitze das jetzt, denn ein Thema für „one out“ zu finden ist nicht ganz so einfach und übrigens auch nicht polizeitypisch. Was wir einmal angefangen haben, das machen wir in der Regel auch weiter.

Und sind wir doch einmal ehrlich, die Kripo ist in manchen Bereichen ohne Unterstützung der Schutzpolizei nicht mehr in der Lage die Bedarfe zu decken, wenn es zu neuen Schwerpunktsetzungen kommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Wenn die strategische Konzernleitung entscheidet, dass eine neue Fahrzeugproduktion begonnen wird, dann kann sie die Produktion in anderen Bereichen herunterfahren und Standorte verlagern oder zusammenlagern, vielleicht noch an der ein oder anderen Stelle Prozesse optimieren oder vereinfachen und so Freiräume schaffen, aber in aller erster Linie wird man neues Personal einstellen. Die operative Konzernleitung wird sich nach Kräften bemühen, alle festgelegten Ziele zu erreichen und das macht sie an vielen Stellen gut – aber auch sie stößt irgendwann an natürliche Grenzen. Ich persönlich komme weiterhin zu dem Ergebnis, dass wir für die Kripo jetzt mal einen deutlichen Personalzuwachs bekommen sollten, der für Entlastung sorgt.

Ich hatte mir wirklich gewünscht in dieser Rede zu dem Ergebnis zu kommen, dass die Einstellungsoffensive ihre Früchte trägt und das wir damit unseren bundesweit letzten Platz bei der Polizeidichte ins solide Mittelfeld verlagert hätten. Aber das ist nicht der Fall. Ich bleibe enttäuscht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich habe eine weitere Bitte, lassen wir uns nicht von der aktuellen PKS vortäuschen, dass alles in Ordnung ist. Erstens handelt es sich um einen massiven Corona-Knick und zweitens reicht das polizeiliche Hellfeld in vielen Bereichen schon lange nicht mehr aus, um die wirkliche Lage zu beschreiben. In meinem eigenen Tätigkeitsbereich Cybercrime, waren und sind durchgeführte Dunkelfelderhebungen schlicht und ergreifend erschreckend. Durch den Krieg in der Ukraine sind Themen wie Cyberwar und Angriffe auf KRITIS-

Unternehmen verstärkt in den Fokus gerückt. Aber neben diesen großen Zielen sind es wir alle, die täglich gefährdet sind, Opfer einer Straftat im Bereich Cybercrime zu werden. Ausgenommen sind vielleicht die letzten rund 5 %, die kein Internet nutzen.

Und auch andere Themen belasten uns als Gesamtpolizei über die Maßen. In meiner Heimatstadt Nürtingen habe ich viele Montage in Folge Teile der Reiterstaffel im Einsatz gesehen, an solche Lagen kann ich mich davor nicht erinnern. Das Fell ist bei manchen sehr dünn geworden, Gespräche eskalieren schneller, die Einsatzkräfte der Blaulichtfamilie werden weiterhin zunehmend Opfer von Gewaltdelikten. Staatssekretär Klenk sagte bei der Verabschiedung des 42. Studienjahrgangs in Villingen-Schwenningen, dass er sich gewünscht hätte, es wären kommunale Vertreter da, denn kaum waren die ersten Flüchtlinge aus der Ukraine da, riefen alle gleich nach der Polizei. Und es gehört zu unserem Selbstverständnis anzupacken, kreative Lösungen zu finden und da zu sein. Diese Tugend ist ein Grund warum ich gerne Polizist bin und gleichzeitig wünschte ich mir als Gewerkschafter, dass wir auch manchmal als Polizei deutlich nein sagen würden und die Verantwortung anderen überlassen.

Was ist denn nun passiert in den zurückliegenden Jahren?

Ich habe als Kriminalbeamter das Gefühl, dass wir das ein oder andere Mal von Maßnahmen mitprofitiert haben, die für die gesamte Polizei getroffen worden sind. Zurückliegend und auch aktuell wurden wir dabei mit unseren etwas spezielleren Bedürfnissen aber einfach vergessen. Ich möchte Ihnen hierzu ein Beispiel geben, die Vertreterzulage für Revierführer. Zahlreiche Inspektionen der Kripo werden derzeit von Kolleginnen und Kollegen des gehobenen Dienstes geführt, obwohl die Stelle eine höhere Dienst-Stelle ist. Warum gibt es diese Zulage also nicht auch für die Inspektionsleitungen der Kripo?

Ich habe mich wirklich sehr über die neue Kripo-Marke gefreut, eine damit verbundene Freifahrtregelung im ÖPNV für die Kripo gibt es allerdings bis heute nicht. Und mit Blick auf die Energiepreise und die Inflation werden Bahn und co. aktuell kein Interesse daran haben. Neulich folgte ich einer Diskussion zum Thema Bekleidungsshop der Schutzpolizei, da ging es um T-Shirts, die man gerade wohl nicht bekommt. In meiner Zeit im KDD habe ich weder für

tatortfeste Schuhe noch für eine anständige Winterjacke einen Euro bekommen.

An der ein oder anderen Stelle stand die Ampel in meinem gestrigen Geschäftsbericht auf grün. So gibt es bei der Kripo inzwischen Praxisbegleiter. Die gab es zwar davor auch schon, aber jetzt gibt es eine Regelung dazu wie bei der Schutzpolizei. Nicht ganz unwichtig beim Thema Anerkennung der Aufgabe und schließlich auch bei der Beurteilung. Es gibt eine Pauschale für das Thema Reinigungskosten bei der Leichensachbearbeitung oder auch einen Pensionärsausweis im Scheckkartenformat. An dieser Stelle möchte ich eindringlich darauf hinweisen, dass es inzwischen auch für den Tarifbereich Ausweise gibt – diese aber so teuer sind, dass die Dienststellen diese eher nicht beschaffen werden. Da gibt es deutlich Nachbesserungsbedarf.

Ein wirklicher Erfolg und gleichzeitig ein langer Weg ist die Rückkehr zur verwendungsorientierten Ausbildung. Zumindest die Direkteinsteigerinnen und Direkteinsteiger können sich entscheiden, ob sie später Aufgaben der Schutzpolizei oder der Kriminalpolizei wahrnehmen. Der K-IT-Zweig ist zumindest heute noch sinnvoll, die Inhalte in den Bereichen Digitale Spurenkunde müssen aber zwingend sowohl in das Curriculum des S- als auch des allgemeinen K-Zweigs aufgenommen werden.

Andere Dinge wie die Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos sind aktuell Prüfungsvorgänge der politischen Entscheider – auch die Anpassung der Zulagen und die Auszahlung von Mehrarbeit müssen ein Thema sein.

Eindringlich werben möchte ich für die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage – die in anderen Ländern umgesetzt ist und in anderen auf dem Weg. Während unsere Polizeizulage seit 2008 132,69 Euro monatlich beträgt – davon können Sie heute keine zweimal tanken – zahlt die Bundespolizei 228 Euro und die Ruhegehaltsfähigkeit ist in der Umsetzung. Wenn im Parlament darüber gesprochen werden sollte – dann denken Sie gerne an die Bilder aus Stuttgart im Juni 2021 und den Schusswaffengebrauch durch den Reichsbürger in Boxberg. Denken Sie an die Bilder von Demonstrationen, bei denen wir angespuckt und beleidigt werden und denken Sie an die im Dienst verletzten Kolleginnen und Kollegen, die es jedes Jahr gibt und die diese negativen Erfahrungen auch nach ihrem aktiven Dienst in sich tragen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich kurz noch auf das 4-Säulenmodell eingehen. Das befindet sich derzeit in der Vorbereitung im Geleitzug der Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2022. Im Wesentlichen ist das Konzept Folge von Gerichtsurteilen und Themen wie beispielsweise dem Abstandsgebot. Mit dem mittleren Dienst passiert dabei etwas sehr seltsamen – an ein Amt Erster Polizeihauptmeister mit Zulage muss ich mich noch sehr gewöhnen. Kleines Schmankerl am Rande, wissen Sie übrigens wie man zukünftig die Kriminalanwärtlerin im gehobenen Dienst abkürzen würde: *BUCHSTABIEREN K O K A I N* – kurz Kokain.

Zurück zum Thema gehobener Dienst. Ich kann nur für die Kripo sprechen, aber unserer Ansicht nach ist allein das Einstiegsamt A11 bei unseren Tätigkeiten angemessen. Das kann gerne für die ganze Polizei kommen, wenn wir dafür nicht mit Beförderungstellen bezahlen müssen. So ist mir durchaus bewusst, dass die Perspektiven in anderen Bundesländern mit zweigeteilter Laufbahn im ghD nicht sehr rosig sind und man in Niedersachsen gern in A10 pensioniert wird.

In Sachen höherer Dienst hätten wir uns im Übrigen durchaus vorstellen können, das vom Einstiegsamt A13 auf A14 gewechselt wird und warum es die Bundespolizei schafft für den gehobenen Dienst ein Amt A13 mit Zulage einzuführen und wir nicht, bleibt mir auch ein Rätsel.

Mein aktuelles Fazit zum 4-Säulenmodell ist: das ist so noch nicht ausgegoren und wirft gerade in der Praxis zahlreiche Fragestellungen auf, im Übrigen scheinen mir hier einige Dienststellen thematisch überrollt worden zu sein, denn als wir als Gewerkschaft schon Infos hatten, hatten das unsere personalverwaltenden Stellen noch nicht.

Stichwort Anpassung: Durch Wegfall des Eingangsamt A9 im gehobenen Vollzugsdienst wird der Weg frei für eine Dienstpostenbündelung A10 bis A12. Wir hatten eine Bündelung bis A12 seinerzeit bei der Einführung der Dienstpostenbewertung intensiv angeregt und sehen nun die Chance diese umzusetzen. Ich denke die Praktikerinnen und Praktiker der Kripo können den Mehrwert in der K-Struktur inzwischen alle unterschreiben.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit zuletzt – versprochen – noch auf den Strukturwandel in der Kripo hinweisen. Wir rekrutieren zunehmend Direkteinsteigerinnen und -einsteiger von der HfPol. Die Anzahl der QLer oder QMer geht weiter zurück. Studierende haben aber innerhalb ihrer Laufbahn die Möglichkeit A13 zu erreichen und ich denke die meisten werden diesen Anspruch auch haben. Nur passt der Stellenplan der Kripo, nicht mehr zu diesen Veränderungen. Gerade sind die Zeiten gut und es wird in kürzeren Zeiten befördert. Das wird mittelfristig nicht mehr der Fall sein.

Wir haben einen LDT 2022 erlebt, bei dem viele fachlichen Anträge diskutiert und beschlossen worden sind. Der BDK BW freut sich, diese Themen in den folgenden Jahren anzugehen und dabei auch am Ende den ein oder anderen Erfolg zu verzeichnen.

Per aspera ad astra – in diesem Sinne: Danke für Ihr Gehör und bleiben Sie gesund.